Universitäts- und Hansestadt Greifswald 28.03.2011
Kanzlei der Bürgerschaft

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 15. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 28. März 2011

Beginn : 17:05 Uhr
Ende : 23:20 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

Dr. Gerhard Bartels
Ursula Behrendt
Ulrike Berger
Norbert Braun
Ulf Burmeister
Erich Cymek
Dr. Frauke Fassbinder
Dr. Stefan Fassbinder
Professor Dr. Frank Hardtke
Klaus Heiden
Marion Heinrich
Axel Hochschild
Torsten Hoebel
Wolfgang Jochens
Prof. Dr. Wolfgang Joecks
Dr. Andreas Kerath
Edda Krille
Christian Kruse
Dr. Lüer Kühne
Angela Leddin
Jürgen Liedtke
Egbert Liskow
Franz-Robert Liskow
Dirk Littmann
Dr. Thomas Meyer
Peter Multhauf
Thomas Mundt
Christian Pegel
Christian Radicke
Anja Reuhl
Angelika Richter
Dr. Mignon Schwenke
Birgit Socher
Ludwig Spring
Dr. Rainer Steffens
Mechthild Thonack
Ingo Ziola

Entschuldigt :

Dr. Ullrich Bittner
Dr. Jörn Kasbohm
Prof. Dr. Manfred J. Matschke
Sebastian Ratjen
Karl-Dieter Schmidt
Alexa Worm

Tagesordnung

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2.	Bestätigung der Tagesordnung	
3.	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner	
4.	Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen	
5.	**Große Anfrage** zur familienfreundlichen Stadt Greifswald unter besonderer Berücksichtigung des 10-Punkte-Programms für eine familienfreundliche Stadt (BS-Beschluss vom 31.03.2008) ***Einbringer: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen***	
6.	**Diskussion von Beschlussvorlagen**	
6.1.	Umbesetzung Aufsichtsrat GPG ***FDP-Fraktion***	B279-15/11
6.2.	Umbesetzung Ausschüsse ***CDU-Fraktion***	B281-15/11
6.3.	Wahlbereichseinteilung für die Wahlen zum Kreistag am 04.09.2011 ***Oberbürgermeister***	B283-15/11
6.4.	Bestellung des Beauftragten für den neuen Landkreis ***Oberbürgermeister***	B284-15/11
6.5.	Bestellung zur vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten des neuen Landkreises ***Oberbürgermeister***	B285-15/11
6.6.	Rederecht des Seniorenbeirates in allen Ausschüssen zu seniorenpolitisch relevanten Themen ***FDP-Fraktion, Fraktion B90/Die Grünen***	
6.7.	1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ***Der Präsident***	B286-15/11
6.8.	Gründung einer Energieerzeugungsgesellschaft Greifswald GmbH (EGG) durch die Stadtwerke Greifswald GmbH SWG und Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages ***Dez. I, Beteiligungsmanagement***	B287-15/11
6.9.	Vereinbarung über Organisation und Ausgestaltung des Jobcenters Greifswald als gemeinsame Einrichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund nach § 44 b Absatz 2 SGB II i.V.m. § 2 Abs. 2 AG SGB II M-V SGB II ***Dez. III***	B289-15/11
6.10.	Bestellung von zwei Vertretern der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in die Trägerversammlung des „Jobcenters Greifswald“ ***Oberbürgermeister***	B290-15/11
6.11.	Ergebnisse des Prüfauftrages zur Lage und den Perspektiven der Theater Vorpommern GmbH ***Dez. III***	B291-15/11
6.12.	Schulträgerschaft ***interfraktionell***	B292-15/11
6.13.	Sonderpädagogische Spezialklassen ***SPD-Fraktion***	B293-15/11
6.14.	Jugendhilfeplanung - Aktualisierung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ***Dez. III, Amt 51***	B294-15/11
6.15.	Sportförderrichtlinie für den gemeinsamen Kreis Südvorpommern ***SPD-Fraktion***	B295-15/11
6.16.	Sportförderrichtlinie für den Fall des Verlustes der Kreisfreiheit ***SPD-Fraktion***	B296-15/11
6.17.	Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Positionierung bezüglich der geplanten Kürzungen der Projektförderung Literaturzentrum Vorpommern im Koeppenhaus ***Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, SPD***	B297-15/11

6.18.	Außerplanmäßige Ausgabe für die Innenausstattung des Caspar-David Friedrich-Zentrums ***Dez. III, Amt 41***	B298-15/11
6.19.	Unterbringung der Jugendkunstschule in der Anklamer Straße 15/16 und Abschluss einer Vereinbarung über einen Miet- und Betriebskostenzuschuss ***Dez. III, Amt 41***	B299-15/11
6.20.	Weiteres Verfahren - Unterbringung Stadtarchiv ***Dez. II , Amt 23***	B300-15/11
6.21.	Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011 ***Dez. III, Gleichstellungsbeauftragte***	B301-15/11
6.22.	Subventionsbericht ***SPD-Fraktion***	B302-15/11
6.23.	Gesamtkonzept für die Wallanlagen Abschnitt Mühlentor bis Pulverturm ***Bündnis 90 / Die Grünen***	
6.24.	Nachrüstung von WVG-Wohnungen ***CDU-Fraktion***	B303-15/11
7.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt	
8.	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft	
9.	Mitteilungen des Präsidenten	
10.	Bestätigung der Niederschriften vom 10.01.2011 und vom 21.02.2011	
11.	Schluss der Sitzung	

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident eröffnet die 15. Sitzung der Bürgerschaft und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 35 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend. Damit ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine Stellvertreter, Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert, dass es im Anschluss an den öffentlichen Teil dieser Sitzung einen nichtöffentlichen Teil geben wird, um einen Beschluss zur Vergabe der Projektsteuerungsleistung Stadthaus zu fassen.

Der Präsident informiert weiter über bereits übermittelte Tischvorlagen, die wie folgt in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen:

TOP 6.0 Aufruf zum 1. Mai - Demonstration für Demokratie und Toleranz

TOP 6.25 Zustimmung zur Beteiligung der Stadtwerke Greifswald GmbH an der Nordostwerke GmbH
Dez. I, Beteiligungsmanagement

TOP 6.26 Wiecker Brücke
SPD-Fraktion

TOP 6.27 Umbesetzung Aufsichtsrat Theater Vorpommern GmbH
CDU-Fraktion

TOP 6.28 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zur Umsetzung des Schlagloch-Programms des Innenministeriums
Dez. I , Amt 20

TOP 6.12 Schulträgerschaft
interfraktionell

Zu **TOP 6.6** Rederecht des Seniorenbeirates in allen Ausschüssen zu seniorenpolitisch relevanten Themen
FDP-Fraktion, Fraktion B90/Die Grünen
wurde eine überarbeitete Beschlussvorlage ausgereicht.

Der Präsident schlägt vor, TOP 6.27 nach TOP 6.1,
TOP 6.28 nach TOP 6.2,
TOP 6.6 und TOP 6.7 zusammen,
TOP 6.25 nach 6.8 und
TOP 6.26 nach TOP 6.24 zu behandeln.

Bezüglich des nichtöffentlichen Teiles der Sitzung wendet Herr Multhauf ein, dass dies vorher hätte öffentlich bekannt gemacht werden müssen.

Der Präsident erläutert darauf hin, dass die Bürgerschaft diesen nichtöffentlichen Teil der Sitzung durchführt, um eine Eilentscheidung in der Sache Stadthaus zu vermeiden. Wenn die Bürgerschaft dies ablehnt, wird der nichtöffentliche Teil nicht stattfinden.
Das erweiterte Präsidium hat sich hierzu vor der Sitzung verständigt.

Der Präsident stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Kay Karpinsky:
- zum Radverkehr um den Bahnhof herum und allgemein zum Radwegenetz in Greifswald

Ist schon daran gedacht worden oder kurzfristig möglich, Verkehrsspiegel einzusetzen?
Ist es möglich, die Radführung unter der Unterführung einzuräumen?

Herr Hochheim:
Herr Hochheim nimmt die Anregung auf und sagt dem Bürger eine entsprechende Information zu.

Herr Steffen Jäckel, Mitglied des FC Pommern Greifswald:
- zum Antrag der CDU-Fraktion zur Bereitstellung von Mitteln zum Erwerb des Philipp-Müller-Stadions
  Der FC Pommern Greifswald würde ebenfalls gern das Philipp-Müller-Stadion erwerben.

Fragen:
Macht die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch?
Wäre es nicht sinnvoller, die bereitgestellten Mittel für den Erwerb des Philipp-Müller-Stadions für die Sanierung des Volksstadions zu verwenden und das Philipp-Müller-Stadion an den FC Pommern Greifswald zu verkaufen?

Herr Hochheim:
Die Bemühungen der Stadt, den Sportplatz anzukaufen, laufen bereits seit längerem. Zunächst war ein erneutes Verkehrsgutachten abzuwarten. Mittlerweile ist der Stand so, dass der Sportplatz, nach Aussagen vom Bundeseisenbahnvermögensamt, öffentlich ausgeschrieben werden soll, wobei der bestehende Pachtvertrag zu übernehmen wäre. Zu erwähnen ist, dass das Vorkaufsrecht der Stadt im Grundbuch festgeschrieben ist. Die Verwaltung beabsichtigt weiterhin, das Philipp-Müller-Stadion anzukaufen.

Herr Prof. Christian Wilke (Theaterförderverein „Hebebühne“):
Wie ist der Zeitablauf geplant, Informationen über einen möglichen neuen Intendanten oder kaufmännischen Direktor zu geben, weil die Vorbereitung der neuen Saison bereits jetzt beginnen muss?

Herr Prof. Joecks, Aufsichtsratsvorsitzender Theater Vorpommern GmbH:
Am kommenden Montag (04.03.2011) wird ein Teil des Aufsichtsrates und Gesellschafter drei Anhörungen durchführen.
Der oder die Neuen werden wenig Einfluss auf die erste Hälfte des Spielplanes nehmen können. Der Aufsichtsrat ist optimistisch, die Stellen zu Beginn der Spielzeit besetzen zu können.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat schriftlich Fragen zur Aussage der Stadtverwaltung bezüglich eines Graffitimotivs in der OZ vom 11. März 2011 gestellt. Die Fragen liegen den Fraktionen der Bürgerschaft vor.

Die Beantwortung erfolgt durch den Oberbürgermeister.
Die Darstellung in der Presse erfolgte durch eine Praktikantin der OZ, die eine private Vermutung der Pressesprecherin als Meinung der Stadtverwaltung wiedergegeben hat. Die Praktikantin hatte die Äußerung ohne Wissen der Pressesprecherin weitergegeben. Sie hat sich dafür entschuldigt, weil sie im Umgang mit den Gesprächspartnern noch unerfahren sei.

Die Fragen der Fraktion Die Linke vom 15.02.2011 zum Theater wurden bereits zur 14. Sitzung der Bürgerschaft abgereicht, aber nicht beantwortet. Herr Dembski holt die Beantwortung dieser Fragen in dieser Sitzung nach.
Die Fragen der Fraktion Die Linke zum Theater und deren Beantwortung werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Einige Bürgerschaftsmitglieder nutzen die Gelegenheit, Nachfragen zu stellen.
Herr Multhauf bezieht sich auf die erste Frage bzw. Antwort, dass Veränderungen an dem betreffenden Papier vorgenommen wurden. Wer hat welche Veränderungen vorgenommen?
Außerdem verliest Herr Multhauf Passagen aus dem Protokoll einer Gesellschafterversammlung, in der es um die Abberufung von Herrn Nekovar und Herrn Dr. Ickrath ging.
Daraufhin erklärt Herr Dembski, dass es ein illegales Papier gegeben hat, das in die Öffentlichkeit gelangt ist. Wie und durch wen, kann Herr Dembski nicht sagen.
Bezüglich der Abberufung sieht Herr Dembski keinen Widerspruch.

Herr Dr. Bartels geht noch einmal auf das Papier ein, das von Herrn Dr. Badrow, Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, unterschrieben ist. Er meint, dass es eine mutige Äußerung ist, zu sagen, es wäre verändert worden.
Herr Dembski erklärt, dass das im Umlauf befindliche Papier nicht durch die UHGW, sondern illegal verteilt wurde und nicht mit dem Original übereinstimmt, logischerweise Veränderungen vorgenommen wurden, von wem auch immer.
Die Frage von Herrn Multhauf nach den Veränderungen gegenüber dem Original wird nicht beantwortet.

Zu TOP: 5 Große Anfrage
zur familienfreundlichen Stadt Greifswald unter besonderer Berücksichtigung des 10-Punkte-Programms für eine familienfreundliche Stadt
(BS-Beschluss vom 31.03.2008)
Einbringer: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Beantwortung der Großen Anfrage erfolgt durch Senator Dembski.
Die schriftlichen Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft vor und werden den Fraktionen zugestellt.

Herr Multhauf weist darauf hin, dass es im Ortsteil Schönwalde I/Südstadt eine Straße gibt, in der die 30-km/h-Begrenzung aufgehoben, aber wieder eingeführt werden sollte - Karl-Krull-Straße. Außerdem weist er darauf hin, dass das „Berliner Kissen“ vor der Erwin-Fischer-Schule erneuert werden muss.

Herr Hochheim nimmt die Anregungen auf.

Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.0 Aufruf zum 1. Mai - Demonstration für Demokratie und Toleranz
B278-15/11

Die Mitglieder der Bürgerschaft und der Oberbürgermeister rufen alle Bürgerinnen und Bürger der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auf, gemeinsam mit ihnen am 1. Mai 2011 für Demokratie und Toleranz zu demonstrieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Herr Multhauf fordert alle auf, alles zu unternehmen, den Aufmarsch der Neonazis gar nicht erst zuzulassen.
Daraufhin erklärt der Oberbürgermeister, dass die Verwaltung prüft, den Aufmarsch der Neonazis verbieten zu können.

Herr Liskow teilt mit, dass es am 29.03.2011 um 17:00 Uhr im Bürgerschaftssaal eine Abstimmungsrunde mit allen, die gegen die NPD demonstrieren wollen, stattfindet, an der alle Interessierten teilnehmen können.

Frau Reuhl regt an, in den Beschluss aufzunehmen, der Polizei zu untersagen, aus städtischen Gebäuden Filmaufnahmen von den Demonstranten zu machen. Das habe in der Vergangenheit zu großen Irritationen

geführt.

Zu TOP: 6.1 Umbesetzung Aufsichtsrat GPG
B279-15/11

Prof. Matschke scheidet als Aufsichtsratsmitglied der GPG aus.
Neues Mitglied wird Angela Leddin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Präsident stellt fest, dass zu diesem Zeitpunkt 37 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Zu TOP: 6.27 Umbesetzung Aufsichtsrat Theater Vorpommern GmbH
B280-15/11

Herr Dr. Steffens nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Herr Liskow erläutert die Beschlussvorlage.

Auf Nachfrage von Herrn Multhauf erläutert Herr Hochschild, dass Herr Dr. Steffens sein Mandat für 12 Monate ruhen lassen hat, weil er als Geschäftsführer bestellt wurde. Es ist nicht möglich, das Mandat noch länger ruhen zu lassen.

Herr Multhauf stellt fest, dass er heute erstmalig von dem 12 Monate ruhenden Mandat von Herrn Dr. Steffens im Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH gehört hat.

Herr Liskow lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Für Herrn Dr. Rainer Steffens, der sein Mandat im Aufsichtsrat der Theater Vorpommern GmbH niedergelegt hat, wird Herr Axel Hochschild in den Aufsichtsrat gewählt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.2 Umbesetzung Ausschüsse
B281-15/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neuer Stellvertreter im Bildungsausschuss wird Herr Hendrik Hauschild statt Herrn Erich Cymek ernannt.

Als neuer Stellvertreter im Sportausschuss wird Herr Franz-Robert Liskow statt Frau Laura Hippler ernannt.

Als neuer Stellvertreter im Sportausschuss wird Herr Franz Küntzel statt Herrn Torsten Heil ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.28 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zur Umsetzung des Schlagloch-Programms des Innenministeriums
B282-15/11

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Herrn Wille.
Der Kreditrahmen für die Umsetzung des Schlagloch-Programms muss über einen Nachtragshaushalt durch die Bürgerschaft beschlossen werden. Er erläutert, dass dieser Kreditrahmen ausschließlich für dieses Schlagloch-Programm zweckgebunden ist.
Der Beschluss soll so schnell wie möglich gefasst werden, weil die Kreditermächtigung durch das Innenministerium genehmigt werden muss.
Die Umbaumaßnahmen an den Straßen sollen so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

Herr Liskow ergänzt die Erläuterungen, dass die Vergaben im sogenannten „Windhundverfahren“ erfolgen. Das bedeutet, wenn das Geld alle ist, ist Schluss.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bartels erläutert Herr Wille, dass die Mittel für das Schlagloch-Programm zweckgebunden sind. Herr Wille vermutet, dass viele vor allem kleinere Gemeinden die Anträge nicht stellen werden, weil das ein sehr hoher Verwaltungsaufwand bedeutet. Wenn nicht alles bewilligt wird, wird auch der Kredit nicht voll in Anspruch genommen.
Aufgrund der Anregung von Herrn Dr. Bartels schlägt Herr Wille vor, in den Beschlusstext die Zweckbindung mit aufzunehmen.

Herr Dr. Fassbinder empfindet es als Zumutung für die Bürgerschaft, über den Haushalt mit einer Tischvorlage zu beschließen. Er meint im Rahmen der Diskussion, dass das Geld für wichtigere Maßnahmen verwendet werden sollte.
Aufgrund der Frage, welche Maßnahmen betroffen sind, gibt Herr Hochheim entsprechende Erläuterungen. Er verweist darauf, dass die Straßenzüge als Anlage dem Hauptausschussprotokoll beigefügt sind, welches allen Mitgliedern der Bürgerschaft vorliegt. Auch in der OZ ist am 16.03.2011 ein entsprechender Artikel erschienen. Insgesamt wurden zehn verschiedene Anträge gestellt, die aufwendig zu dokumentieren waren. Was wirklich davon genehmigt wird, steht noch nicht fest. Sobald die Genehmigungen vorliegen, wird die Bürgerschaft informiert.

Im Rahmen der Diskussion bittet Herr Multhauf darum, zu prüfen, ob die Einstein-Straße, die Zufahrtsstraße zu einer Schule ist, in dieses Schlagloch-Programm aufgenommen werden könnte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt zur Umsetzung des Schlagloch-Programmes des Innenministeriums die 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2011.

Für den Fall, dass weniger Förderkredite als beantragt, gewährt werden, sind das überschüssige Kreditvolumen und die entsprechenden Ausgabeermächtigungen zu sperren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen

An den folgenden Tagesordnungspunkten 6.3, 6.4 und 6.5 nimmt Herr Prof. Joecks weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Zu TOP: 6.3 Wahlbereichseinteilung für die Wahlen zum Kreistag am 04.09.2011
B283-15/11

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Die Bürgerschaft beschließt nur die beiden Wahlbereiche, die die Stadt Greifswald betreffen. Die Kreise Uecker-Randow und Ostvorpommern haben ihre entsprechenden Beschlussvorlagen bereits abgestimmt und beschlossen. Wenn die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald diesen Beschluss nicht fasst, würde das Innenministerium diese Entscheidung treffen.

Im Vorfeld der Diskussion, teilt Herr Dr. Fassbinder mit, hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Änderung der Wahlbereiche hinsichtlich der Gemeinde Landhagen angeregt. Da die betroffenen Landkreise bereits zugestimmt haben, nimmt die Fraktion von einem Änderungsantrag Abstand.

Der Präsident lässt über folgenden Antrag abstimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt für die Wahl zum Kreistag des zukünftigen Landkreises Südvorpommern am 04. September 2011 für das Stadtgebiet die Einrichtung von zwei Wahlbereichen mit folgender Zuordnung der Stimmbezirke

   Wahlbereich 1
   1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 43, 44, 45, 47, 48, 50, 51, 52

   Wahlbereich 2
   16, 17, 18, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 46

2. Die Bürgerschaft stimmt der Einrichtung von insgesamt 10 Wahlbereichen für den zukünftigen Kreis Südvorpommern zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.4 Bestellung des Beauftragten für den neuen Landkreis
B284-15/11

Der Oberbürgermeister erläutert diese Informationsvorlage aus dem Kooperationsstab.

Herr Dr. Bartels bemerkt, dass es eine der Seltsamkeiten dieses Gesetzes ist. Wenn es um den zukünftigen Landrat auf bestimmte Zeit geht, hat die Bürgerschaft nichts zu entscheiden, sondern nur die beiden Kreistage.

Bei der Gleichstellungsbeauftragten (TOP 6.5) muss die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald einen Beschluss fassen.
Herr Dr. Bartels bemerkt, dass diese Verfahrensweise ein wenig den Charakter des Gesetzes zeigt.

Der Präsident lässt über die Informationsvorlage abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die Bestellung von Herrn Dr. Volker Böhning zum Beauftragten gemäß § 31 Abs. 2 LNOG für den Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung Südvorpommern zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung zur Kenntnis genommen

Zu TOP: 6.5 Bestellung zur vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten des neuen Landkreises
B285-15/11

Herr Dr. Bartels informiert, dass sich die beiden Landkreise zum Zeitpunkt der Beratung des zeitweiligen Ausschusses zur Kreisgebietsreform am 11.03.2011 noch nicht geeinigt hatten. Deshalb steht in der Vorlage kein Abstimmungsergebnis.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt gemäß § 104 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V i.V.m. § 40 Satz 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisneuordnungsgesetz-LNOG M-V) die Bestellung von Frau Rita Dornbrack zur vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises mit der vorläufigen Bezeichnung Südvorpommern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.6 Rederecht des Seniorenbeirates in allen Ausschüssen zu seniorenpolitisch relevanten Themen

Dieser Antrag wird unter Tagesordnungspunkt 6.7 (Änderung der Hauptsatzung) mitbehandelt.

Zu TOP: 6.7 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B286-15/11

Herr Liskow teilt mit, dass die FDP-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen in der Hauptsatzung unter § 15 Seniorenbeirat **ein Rederecht bei allen ihn betreffenden Entscheidungen eingeräumt wird** (siehe TOP 6.6 DS-Nr. 05/501) beantragt haben.

Herr Liskow schlägt vor, Gleiches für den Kinderbeauftragten aufzunehmen.

Herr Hoebel bringt den entsprechenden Änderungsantrag ein und nimmt die Begründung vor.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Multhauf, zusätzlich in die Ergänzung der FDP- und Grünenfraktion aufzunehmen **„in allen Ausschüssen und Ortsteilvertretungen“.**

- kein Widerspruch

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag zur Änderung der Hauptsatzung abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in der Neufassung vom 27.09.2010.

1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft am **28.03.2011** folgende 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in der Neufassung vom 27.09.2010 erlassen:

Artikel 1

In die Hauptsatzung wird folgender § 12 a eingefügt:

§ 12 a Kinderbeauftragte/r

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt für die Dauer der Wahlperiode einen ehrenamtlich tätigen Kinderbeauftragten.

Der Kinderbeauftragte ist Ansprechpartner für Kinder, Eltern, Erzieher, Lehrer, Sozialarbeiter sowie für freie Träger der Jugendarbeit und andere Vereine und Verbände, die sich für Kinder engagieren.

Einmal im Jahr berichtet der Kinderbeauftragte dem Jugendhilfeausschuss und der Bürgerschaft über seine Arbeit. Er soll bei relevanten Entscheidungen in allen Ausschüssen und Ortsteilvertretungen gehört werden.

Artikel 2

§ 15 soll durch folgenden Satz ergänzt werden:

„Er soll bei relevanten Entscheidungen in allen Ausschüssen und Ortsteilvertretungen gehört werden.“

Artikel 3

Der § 17 Entschädigung wird wie folgt ergänzt:

8) Der Kinderbeauftragte erhält eine monatliche pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 150 EUR.

Artikel 4

Die 1. Änderungssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Bezüglich der/s Kinderbeauftragten teilt Herr Spring mit, dass bis zum 07.04.2011 die Freien Träger aufgefordert wurden, Vorschläge einzureichen. Der Jugendhilfeausschuss wird am 11.04.2011 darüber beraten. Am 28. April 2011 um 18:00 Uhr wird es im Senatssaal eine gemeinsame Veranstaltung des Jugendhilfeausschusses, der Freien Träger und Vertreter der Fraktion geben, in der über die Kandidatenvorschläge beraten werden soll. Am 16.05.2011 soll die Bürgerschaft die/den Kinderbeauftragten wählen.

Zu TOP: 6.8 Gründung einer Energieerzeugungsgesellschaft Greifswald GmbH (EGG) durch die Stadtwerke Greifswald GmbH SWG und Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages
B287-15/11

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen.

1. Die Bürgerschaft erteilt ihre Zustimmung zur Gründung einer Energieerzeugungs-gesellschaft Greifswald GmbH (EGG) durch die Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG) mit einem Stammkapital von € 25.000,00.

2. Die Bürgerschaft ermächtigt die Gesellschaftervertreter in den Gesellschafterversammlungen der SWG und der EGG, dem Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages zwischen der SWG – als herrschendes Unternehmen – und der EGG – als beherrschtes Unternehmen – mit Wirkung ab der Gründung der Gesellschaft zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.25 Zustimmung zur Beteiligung der Stadtwerke Greifswald GmbH an der Nordostwerke GmbH
B288-15/11

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Frau Teetz vom Dezernat I, Beteiligungsmanagement.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erteilt ihre Zustimmung zum Beitritt der Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG) an der zu gründenden Nordostwerke GmbH mit einem Anteil am Stammkapital (500 TEUR) von bis zu 28 %.

2. Der Gesellschaftervertreter der SWG hat dafür Sorge zu tragen, dass die Beteiligung der SWG im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung entsprechend der KV M-V erfolgt und darauf hinzuwirken, dass der Gesellschaftsvertrag entsprechend den Anforderungen der KV M-V ausgestaltet ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Frau Socher eine Auszeit.

Pause von 19:20 Uhr bis 19:32 Uhr

Frau Vizepräsidentin Socher übernimmt die Leitung der Sitzung.

Zu TOP: 6.9 Vereinbarung über Organisation und Ausgestaltung des Jobcenters Greifswald als gemeinsame Einrichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund nach § 44 b Absatz 2 SGB II i.V.m. § 2 Abs. 2 AG SGB II M-V SGB II
B289-15/11

Herr Dembski bringt die Beschlussvorlage ein und begründet sie.
Während der Einbringung informiert Herr Dembski über Anregungen aus dem Sozialausschuss, zwei kleine Änderungen redaktioneller Art im § 7 in der ausgereichten Vereinbarung vorzunehmen.

Daraufhin widerspricht Herr Dr. Bartels, dass die Bürgerschaft die ausgereichte Vereinbarung heute nicht genehmigen kann, wenn sie noch geändert werden soll.

Formal gesehen gibt Herr Dembski Herrn Dr. Bartels recht.
Wenn der Beschluss daran scheitern sollte, zieht er die Änderungsvorschläge zurück.

Deshalb stellt der Präsident die Beschlussvorlage in ungeänderter Form zur Abstimmung.

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt zur Kenntnis, dass die Wahrnehmung der SGB II Aufgaben durch die Arbeitsgemeinschaft Greifswald zum 31.12.2010 endete und Kraft Gesetz ab 01.01.2011 durch eine gemeinsame Einrichtung mit der Agentur für Arbeit Stralsund (Jobcenter Greifswald) erfolgt.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald genehmigt die gründungsbegleitende Vereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit Stralsund und der Universitäts- Hansestadt Greifswald zur nähe-

ren Ausgestaltung und Organisation ihrer Zusammenarbeit in der gemeinsamen Einrichtung, dem Jobcenter Greifswald (öffentlich-rechtlicher Vertrag gemäß §§ 53 ff. SGB X).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 8 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.10 Bestellung von zwei Vertretern der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in die Trägerversammlung des „Jobcenters Greifswald“
B290-15/11

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt Herr Dr. Fassbinder als weiteren Kandidaten Herrn Gregor Kochhan vor.

Frau Socher stellt fest, dass es drei Kandidaten für die Vertreter der Trägerversammlung des Jobcenters gibt. Zwei Vertreter sind zu bestellen. Daraus folgt, dass eine Wahl durchgeführt werden muss.
1 Herrn Egbert Liskow
2 Herrn Ulf Dembski
3 Herrn Gregor Kochhan

Herr Dr. Bartels beantragt eine geheime Wahl.

Wahlkommission:

Herr Liedtke	CDU-Fraktion
Frau Heinrich	Fraktion Die Linke
Herr Pegel	SPD-Fraktion

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zum Verfahren legt Frau Socher fest, dass die Mitglieder der Bürgerschaft mindestens eine und/oder maximal zwei Zahlen auf den hellgrünen Stimmzettel schreiben. Anders gekennzeichnete Stimmzettel sind ungültig.
Die Mitglieder der Bürgerschaft werden in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmangabe in der Wahlkabine aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:	**für Kandidat 1**	**25 Stimmen**
	für Kandidat 2	**16 Stimmen**
	für Kandidat 3	14 Stimmen

Damit fasst die Bürgerschaft folgenden Beschluss.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt

den Präsidenten der Bürgerschaft,
Herrn Egbert Liskow **mit 25 Ja-Stimmen**

und

den zuständigen Senator für Jugend, Soziales, Bildung, Kultur und öffentliche Ordnung;
Herrn Ulf Dembski **mit 16 Ja-Stimmen**

als Vertreter in die Trägerversammlung des Jobcenters Greifswald.

Zu TOP: 6.11 Ergebnisse des Prüfauftrages zur Lage und den Perspektiven der Theater Vorpommern GmbH
B291-15/11

Herr Dr. Steffens stellt die Ergebnisse des Prüfauftrages zur Lage und den Perspektiven der Theater Vorpommern GmbH vor.

Herr Dr. Steffens und Herr Cymek nehmen weder an der weiteren Beratung noch an der Abstimmung teil.

Herr Dembski bringt nach den Erläuterungen von Herrn Dr. Steffens den Beschlussvorschlag ein und nimmt die Begründung vor.

In der Stellungnahme der Fraktion Die Linke erinnert Herr Dr. Bartels an die Beschlussfassung in der Bürgerschaftssitzung am 05.07.2010 und zitiert aus dem entsprechenden Beschluss. Herr Dr. Bartels ist der Auffassung, dass mit dem vorgelegten Beschlussvorschlag „kein Befreiungsschlag gelingt“. Außerdem bezweifelt er nach wie vor, dass es ein Gewinn ist, wenn die Stadthalle durch das Theater betrieben wird.

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Liedtke und er bezeichnet den vorgelegten Bericht für alle Bürgerschaftsmitglieder als sehr wichtig, um die Situation der Theater Vorpommern GmbH zu verdeutlichen.
Auf seine Nachfrage wie es weitergeht, wenn die Tarifverhandlungen scheitern, erläutert Herr Dembski, dass die Varianten VII und X (Ziff. 4.3.1 der Anlage) zum Tragen kommen. Der Haustarifvertrag soll geschlossen werden, um Kündigungen zu vermeiden.

Im Rahmen der Diskussion stellt Herr Multhauf fest, dass der Auftrag der Bürgerschaft vom 05.07.2010 nicht erfüllt wurde. Einstimmig wurde auch in Stralsund beschlossen, dass das Land seinen Verpflichtungen bezüglich des Theaters nachkommen soll. Er fordert alle auf, den Druck auf das Land auszuüben und die Einnahmesituation zu verbessern.

Herr Hochschild erklärt, dass die CDU-Fraktion, wenn auch schweren Herzens, der Beschlussvorlage ihre Zustimmung geben wird, weil es keine Alternative gibt. In den Ausschüssen und der Fraktion wurde ausgiebig beraten.

Herr Prof. Joecks reagiert auf die Feststellung, dass der Beschluss vom 05.07.2010 nicht umgesetzt wurde. Er erklärt, dass er nicht abarbeitungsfähig war, weil sich die Situation am Theater viel komplexer herausgestellt hat. Niemand will eine Schließung des Orchesters oder Entlassungen und niemand will die Insolvenz. Keiner muss hoffen, dass irgendwann aus Schwerin mehr Geld kommt.

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Hoebel und er teilt mit, dass seine Fraktion zustimmen wird, auch wenn seine Fraktion die Situation kritisch sieht. Ihm fehlt die Ertragsseite in dem Gutachten und die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Ist es tatsächlich gerecht aus städtischer Sicht, jährlich über 3 Mio. EURO in das Theater zu stecken?

Herr Liskow stellt fest, dass das Theater seit Jahren Thema bei Wahlen ist und sich seit 1993 beim Theater nichts geändert hat. Das hat nichts mit den Regierungsparteien zu tun, sondern mit den Abgeordneten, die im Parlament sitzen, wo sie wohnen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt Frau Berger die Stellungnahme ab.

Herr Burmeister spricht für die Bürgerliste. Auf seine Frage nach dem Haustarifvertrag erläutert Herr Dembski, dass es sinnvoll ist, mit allen künstlerischen Gewerkschaften zu verhandeln, unabhängig davon, ob ver.di verhandelt.

Herr Multhauf beantragt, dass ein 3. Punkt in den Beschlusstext aufgenommen wird: „Die Geschäftsführung wird beauftragt, auch für Greifswald wieder eine Stelle für die Theaterpädagogik einzurichten."

Herr Dr. Kerath beantragt, namentlich über die Beschlussvorlage abzustimmen.

Frau Socher lässt über den Antrag von Herrn Multhauf, in die Beschlussvorlage einen Punkt 3. aufzunehmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 15 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt

Damit lässt Frau Socher über folgenden Beschluss in unveränderter Form namentlich abstimmen:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, zur Abwendung der Umsetzung der Varianten VII und X (Ziff. 4.3.1 der Anlage) in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH

1. der Aufnahme von Haustarifverhandlungen durch den Deutschen Bühnenverein und den kommunalen Arbeitgeberverband zuzustimmen, welche die wirtschaftliche Existenz der Theater Vorpommern GmbH bis zum Jahr 2016 sichert,

2. im Rahmen einer Kooperation Synergien mit der Volkstheater Rostock GmbH und ggf. mit Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz zu finden, welche die wirtschaftliche Existenz der Theater Vorpommern GmbH nachhaltig und langfristig sichert.

Dr. Bartels	Gerhard	Nein
Behrendt	Ursula	Nein
Berger	Ulrike	Enthaltung
Braun	Norbert	Ja
Burmeister	Ulf	Ja
Dr. Fassbinder	Stefan	Enthaltung
Dr. Fassbinder	Frauke	Ja
Dr. Hardtke	Frank	Ja
Heiden	Klaus	Enthaltung
Heinrich	Marion	Nein
Hochschild	Axel	Ja
Hoebel	Torsten	Ja
Jochens	Wolfgang	Ja
Dr. Joecks	Wolfgang	Ja
Dr. Kerath	Andreas	Ja
Krille	Edda	Nein
Kruse	Christian	Ja

Dr. Kühne	Lüer	Ja
Leddin	Angela	Ja
Liedtke	Jürgen	Ja
Liskow	Franz-Robert	Ja
Liskow	Egbert	Ja
Littmann	Dirk	Ja
Dr. Meyer	Thomas	Ja
Multhauf	Peter	Nein
Mundt	Thomas	Ja
Pegel	Christian	Ja
Radicke	Christian	Ja
Reuhl	Anja	Enthaltung
Richter	Angelika	Nein
Dr. Schwenke	Mignon	Nein
Socher	Birgit	Nein
Spring	Ludwig	Ja
Thonack	Mechthild	Ja
Ziola	Ingo	Ja

Abstimmungsergebnis: bei 23 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Nach dieser Abstimmung gibt Herr Prof. Joecks eine persönliche Erklärung zur Ablehnung des Antrages von Herrn Multhauf ab:
„Sie wissen wie ich, dass ich mich massiv einsetze für die Theaterpädagogik. Ich fand, dass dieser Antrag Punkt 3 hat mit dem jetzt beschlossenen nichts zu tun. Lassen Sie uns beim nächsten Mal einen vernünftigen Antrag vorbereiten. Theaterpädagogik ist wichtig. Wenn wir uns über 3,1 Mio. EURO unterhalten, geht's ja nicht nur um diejenigen, die ins Theater kommen, sondern sie ins Theater zu holen. Da müssen wir sie schulen. Wir müssen bei diesem Streichkonzert erst mal Planungssicherheit haben. Aber auf dem Schild des Aufsichtsrates auch auf meinem persönlichen war immer, dass die Theaterpädagogik einen hohen Stellenwert hat. Also ich hab das nicht abgelehnt, weil ich dagegen bin, sondern weil ich fand, dass es mit diesem Antrag nichts zu tun hat."

Zu TOP: 6.12 Schulträgerschaft
B292-15/11

Frau Socher teilt mit, dass sich das erweiterte Präsidium darauf verständigt hat, die Vorlage der SPD-Fraktion zur Diskussion zu stellen und als interfraktionelle Vorlage zu behandeln.

Herr Dr. Kerath bringt die interfraktionelle Beschlussvorlage ein und Frau Leddin nimmt die Begründung vor.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass die Verwaltung ihren Beschlussvorschlag zurückzieht.

Frau Socher stellt die Beschlussvorlage ohne Änderungen zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt

den Oberbürgermeister, umgehend Verhandlungen mit dem Innenministerium und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow sowie Demmin mit dem Ziel aufzunehmen, sicherzustellen, dass die Schulträgerschaft für die Gymnasien und die Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" weiter bei der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verbleibt und eine Aufgabenrückübertragung nach dem künftigen § 165 Abs. 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern durch den künftigen Landkreis auf die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.13 Sonderpädagogische Spezialklassen
B293-15/11

Herr Pegel bringt die Beschlussvorlage der SPD-Fraktion ein und nimmt die Begründung vor. Im Rahmen der Begründung teilt Herr Pegel mit, dass die Eltern bislang in den Einschulungsuntersuchungen immer auf die Antragserfordernis für den sonderpädagogischen Bedarf hingewiesen wurden. Das ist ein bisschen verlorengegangen, weil zu Schuljahresbeginn ein anderes System gewollt war und zwar, dass alle Kinder in eine Klasse kommen. Das Staatliche Schulamt hat darauf reagiert und alle Eltern angeschrieben, um noch einmal zu überlegen, bei welchen Kindern eventuell ein Antrag auf eine sonderpädagogische Spezialklasse gestellt werden sollte. Herr Pegel regt an, dass die Amtsärzte noch einmal näher schauen, bei welchen Kindern eine sonderpädagogische Schulausbildung geboten wäre.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass ihm diesbezüglich ein Schreiben des Staatlichen Schulamtes zugegangen ist. Dieses Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Rahmen der Diskussion meint Frau Leddin, dass dieses Thema eigentlich nicht in die Bürgerschaft gehört, weil die Bürgerschaft mit dem diagnostischen Dienst des Staatlichen Schulamtes gar nichts zu tun hat.
Die zuständige Behörde, das Stattliche Schulamt, hat längst reagiert.
Die FDP-Fraktion hatte bereits im November genau zu diesem Thema (Veröffentlichung von schulischen Terminen) eine Beschlussvorlage in die Bürgerschaft eingebracht. Sie empfindet die von der SPD-Fraktion vorgelegte Beschlussvorlage als überholt.

Nach einigen Bemerkungen von Frau Heinrich und Frau Dr. Fassbinder beantragt Herr Spring, dem Staatlichen Schulamt Rederecht zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Daraufhin nimmt Frau Schindler vom Staatlichen Schulamt Stellung.

Auch Herr Petschaelis, Leiter des Schulverwaltungsamtes spricht zu diesem Thema.

Im Rahmen der Diskussion äußert Herr Multhauf einige Bemerkungen und er beantragt, die Punkte 1. und 2. aus dem Beschlusstext zu streichen, weil sie hinfällig geworden sind und nur über 3. bis 5. abzustimmen.

- kein Widerspruch des Einbringers

Daraufhin stellt Frau Socher folgende geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister,

1. zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit den die Schuleingangsuntersuchungen durchführenden Amtsärzten bereits untersuchte Kinder, für die die Ärzte einen besonderen Förderbedarf befürworten, ermittelt und deren Eltern in Anschreiben auf die Möglichkeiten einer Beschulung in sonderpädagogischen Klassen und die dafür erforderlichen Anträge besonders angesprochen werden können,

2. zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit den die Schuleingangsuntersuchungen durchführenden Amtsärzten für noch zu untersuchende Kinder die unter Ziffer 1. genannten Informationen zusätzlich durch diese an die Eltern gegeben werden können, insbesondere bei Eltern von Kindern, für die die Ärzte einen besonderen Förderbedarf nach den Feststellungen der Untersuchung befürworten,

3. zu prüfen, in welcher Weise die städtischen Kindertagesstätten die Eltern der Vorschulkinder in geeigneter Weise ebenfalls über das Antragserfordernis informieren können, insbesondere gegenüber Eltern von Vorschulkindern, bei denen die Erzieherinnen und Erzieher aus Sicht ihrer Erfahrungen in der Einrichtung von voraussichtlich gebotenen Förderbedarfen des Kindes ausgehen, und diese Prüfergebnisse möglichst zeitnah in den Einrichtungen wirksam umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.14 Jugendhilfeplanung - Aktualisierung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B294-15/11

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage erfolgt durch Herrn Dembski. Im Rahmen der Einbringung erläutert er, dass Freie Träger Kindereinrichtungen übernehmen sollen. Zur Übertragung der Kindereinrichtungen an Freie Träger wird es eine entsprechende Beschlussvorlage für die Bürgerschaftssitzung am 04.07.2011 geben. Mit der heute vorliegenden Jugendhilfeplanung soll die Absicht der Übertragung beschlossen werden.

Frau Krille nimmt Stellung für die Fraktion Die Linke und sie teilt mit, dass die Fraktion sich zunächst der Vorlage anschließen kann, weil es um die Vorbereitung der Übertragung geht. Großes Augenmerk sollte dann auf die Wahrung der Interessen der Mitarbeiter gelegt werden.

Im Rahmen der Diskussion bemerkt Herr Cymek, dass die Übertragung der Kindereinrichtungen an die Freien Träger nicht ganz diskussionsfrei abläuft. Die CDU-Fraktion hat dazu am 01.02.2011 eine Kleine Anfrage gestellt, deren Beantwortung allen Fraktionen vorliegt.

Herr Cymek bringt den Änderungsantrag ein, einen Punkt 3. in den Beschlusstext aufzunehmen, der folgende Formulierung haben soll:

3. Mögliche Überleitungsverträge sind unter folgenden Gesichtspunkten zu entwerfen:
    1. Anerkennung der Beschäftigungszeiten
    2. Sicherung des jetzigen Entgeltes
    3. Sicherung des Urlaubsanspruches
    4. Beibehaltung der Zusatzversorgungsleistungen
    5. Rückfallklausel bei Insolvenz
    6. Arbeitsort Greifswald
    7. 8-jährige Laufzeit der Vereinbarung

Daraufhin erläutert Herr Dembski, dass er bereits im Jugendhilfeausschuss mitgeteilt hat, dass zur heutigen Bürgerschaftssitzung kein Entwurf für einen Überleitungsvertrag vorgelegt wird. Das muss erst mit den Freien Trägern verhandelt werden. Der ausgehandelte Vertrag wird erst zur Bürgerschaftssitzung am 04.07.2011 vorgelegt.
Herr Dembski fordert die Bürgerschaft auf, eindeutig zu sagen, ob es bei einzelnen Einrichtungen gewollt ist oder nicht, die Einrichtungen in Freie Trägerschaft zu geben.

Herr Spring bemerkt bezüglich des CDU-Antrages, dass der Punkt 3. nicht so detailliert formuliert werden sollte und man der Verwaltung mehr Verhandlungsspielraum lassen sollte. Er beantragt, für Punkt 3. „Überleitungsverträge sind zu entwerfen“, aber die Unterpunkte sollte man der Verwaltung überlassen.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Multhauf, das letzte Wort im Punkt 2. des Beschlusstextes „vorzubereiten“ durch „zu prüfen“ zu ersetzen.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen und Bemerkungen lässt Frau Socher über die gestellten Änderungsanträge abstimmen.

1. - Antrag von Herrn Multhauf zu Punkt 2.
„vorzubereiten“ durch „prüfen“ ersetzen

Abstimmungsergebnis: bei 7 Stimmen dafür und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

2. Antrag von Herrn Spring zu Punkt 3.
„Die Verwaltung verhandelt mit den Freien Trägern und legt der Bürgerschaft die Verträge zur Abstimmung vor.“

Herr Spring ist der Meinung, dass der o.g. Antrag von Herrn Cymek der weitestgehende Antrag ist.

3. Antrag von Herrn Cymek zu Punkt 3.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Damit lässt Frau Socher über folgende geänderte Gesamtvorlage zur Jugendhilfeplanung abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. die Aktualisierung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung im Rahmen der Jugendhilfeplanung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
2. die Übertragung
   - der Kinderbetreuungseinrichtung „Weg ins Leben“ (Studentenwerk – Anstalt öffentlichen Rechts),
   - der Kinderbetreuungseinrichtung „Friedrich Wolf“ (Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Greifswald e.V.) und
   - der Kinderbetreuungseinrichtung „Samuil Marschak“ (Institut für Lernen und Leben e.V.)

   in freie Trägerschaft vorzubereiten.

a. Mögliche Überleitungsverträge sind unter folgenden Gesichtspunkten zu entwerfen:
   8. Anerkennung der Beschäftigungszeiten
   9. Sicherung des jetzigen Entgeltes
   10. Sicherung des Urlaubsanspruches
   11. Beibehaltung der Zusatzversorgungsleistungen
   12. Rückfallklausel bei Insolvenz
   13. Arbeitsort Greifswald
   14. 8-jährige Laufzeit der Vereinbarung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Entsprechend Geschäftsordnung stellt Herr Dr. Meyer aufgrund der fortgeschrittenen Zeit den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen und zu gegebener Zeit fortzusetzen.

Frau Socher lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt

Die Beschlussvorlagen der SPD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.15 und 6.16 werden durch Herrn Pegel zusammen eingebracht und begründet.

Herr Radicke zeigt an, dass er weder an der Beratung noch an der Abstimmung der Tagesordnungspunkte 6.15 und 6.16 teilnimmt, weil er unter Umständen befangen sein könnte, weil er selbst Vorsitzender eines Sportvereins ist.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt Frau Socher über folgende Tagesordnungspunkte einzeln abstimmen:

Zu TOP: 6.15 Sportförderrichtlinie für den gemeinsamen Kreis Südvorpommern
B295-15/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister gemeinsam mit den für die Sportförderung in den bisherigen Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow zuständigen Stellen/Ämtern die Bedingungen einer künftigen Sportförderung im ge-

meinsamen Kreis Südvorpommern und den Entwurf einer Sportförderrichtlinie für diesen zur Vorbereitung der Gremienarbeit des künftigen Kreises Südvorpommern zu erarbeiten.

Hierfür wird er insbesondere beauftragt,

1. zunächst dem Sportausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die bisherigen Fördermodelle der beiden anderen Landkreise vorzustellen und diese den bisherigen hiesigen Fördermaximen gegenüber zu stellen,
2. zeitgleich die Entscheidungsträger der benachbarten Landkreise für eine solche Zusammenarbeit der drei Fachämter zu gewinnen und deren Bereitschaft hierzu herzustellen,
3. unter Sicherstellung der Beteiligung des Stadtsportbundes Greifswald für die hiesige Tätigkeit und dem Bemühen der Beteiligung der Kreissportbünde der Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow durch die dortigen Ämter,
    a. zunächst die Leitlinien für eine künftige gemeinsame südvorpommersche Sportförderung erarbeiten und den Gremien vorlegen zu lassen und
    b. nach deren Abstimmung in und mit den Gremien der betroffenen Kreise und Greifswalds den Entwurf einer konkreten Sportförderrichtlinie vorbereiten und in den Gremien beraten zu lassen, der dann den Gremien des neuen Landkreises vorgelegt werden kann,
4. gemeinsam mit den Landräten zu prüfen und zu gewährleisten, wie und dass die Sportvereine des hinzukommenden Teils des Landkreises Demmin ihre Interessen in diesem Erarbeitungsprozess wirksam einbringen können;
5. sollte eine Beteiligung der Gremien in den Landkreisen nicht beabsichtigt sein, soll eine Erarbeitung mit den Fachamtsebenen durch das Schulverwaltungs- und Sportamt Greifswald gleichwohl erfolgen und das Fachamt seine dortige Arbeit hinsichtlich der vorgenannten Entscheidungen und Prämissen im „Innenverhältnis“ mit den Greifswalder Gremien und dem Sportbund Greifswald abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.16 Sportförderrichtlinie für den Fall des Verlustes der Kreisfreiheit
B296-15/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister
I.
den Gremien der Bürgerschaft eine überarbeitete Sportförderrichtlinie für den Fall des Verlustes der Kreisfreiheit bis zur Herbstsitzung vorzulegen;
hierfür wird er insbesondere beauftragt,

1. zunächst dem Sportausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die regelmäßigen Fördermodelle von kreisangehörigen Gemeinden in den beiden benachbarten Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow vorzustellen und diese den bisherigen hiesigen Fördermaximen gegenüber zu stellen,
2. hieraus neue (oder auch „alte“ fortbestehende) Förderprämissen für eine künftige überarbeitete Sportförderrichtlinie unter Beteiligung der Gremien der Bürgerschaft und insbesondere des Sport-

bundes zu erarbeiten und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen,

3. für eine mögliche Direktförderung von Vereinen hierfür praktikable Vorgehensweisen der praktischen Umsetzung zu erarbeiten sowie Prämissen der Verteilung solcher Gelder auf die einzelnen Vereine zu entwickeln und den Sportbund Greifswald an diesen Prozessen zu beteiligen,
4. nach der Beschlussfassung aus Ziffer 2. und der Erarbeitung nach Ziffer 3. hieraus eine Sportförderrichtlinie unter Beteiligung der Gremien der Bürgerschaft und insbesondere des Sportbundes zu erarbeiten und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen,
5. die Pachtrückerstattungen an Vereine, die kommunale Sportstätten angepachtet haben, als Mindeststandard einer neuen Sportförderrichtlinie zu erhalten,
6. bei finanzieller Unsicherheit künftiger Haushalte eine Direktförderung der Sportvereine unter dem Vorbehalt des Haushaltes als zumindest möglich mit den erforderlichen Maßgaben aus Ziffer 3. aufzunehmen;

II.
den Gremien der Bürgerschaft Möglichkeiten eines Ausgleichsmechanismus gegebenenfalls künftig unterschiedlicher Gebühren für die Sportstättennutzung des Landkreises Südvorpommern und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vorzustellen und gegebenenfalls in der Sportförderrichtlinie nach Ziffer I. zu berücksichtigen;

III.
gemeinsam mit den Greifswalder Sportvereinen und dem Stadtsportbund Greifswald die gegebenenfalls für das Aufgehen des Stadtsportbundes Greifswald im neuen Regional-/ Kreissportbund Südvorpommern erforderliche Neuorganisation eines gemeinsamen Sprachrohrs/Dachverbandes der Greifswalder Sportvereine auf Stadtebene zu erörtern und – soweit dies für die künftige städtische Förderung erforderlich scheint – die Berücksichtigung hierfür erforderlicher Maßgaben bei der Schaffung einer solchen gemeinsamen Struktur des Greifswalder Sports zu bemühen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Präsident, Herr Liskow übernimmt wieder die Leitung der weiteren Sitzung.

Zu TOP: 6.17 Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Positionierung bezüglich der geplanten Kürzungen der Projektförderung Literaturzentrum Vorpommern im Koeppenhaus
B297-15/11

Frau Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der SPD-Fraktion ein. Im Rahmen der Begründung fordert sie den politischen Raum und die Landtagsabgeordneten auf, den Protest gegen die Kürzungen des Landes zu bekräftigen.

Nach den Bemerkungen von Frau Heinrich beantragt Herr Multhauf, auch das St. Spiritus und die Jazz-Evenings in den Beschlusstext aufzunehmen und die Summe im zweiten Absatz zu streichen.

- kein Widerspruch

Nach einigen weiteren Hinweisen und Bemerkungen lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald protestiert gegen die Kürzung der Projektfördermittel des Landes für das Literaturzentrum Vorpommern im Koeppenhaus, das St. Spiritus wie auch die Jazz-Evenings.
Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister gegenüber der Landesregierung für eine Beibehaltung der Fördermittel für 2011 einzutreten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.18 Außerplanmäßige Ausgabe für die Innenausstattung des Caspar-David Friedrich-Zentrums
B298-15/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 46.000,00 € für einen Zuschuss an die Caspar-David-Friedrich-Gesellschaft für die Innenausstattung des Caspar-David-Friedrich-Zentrums.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.19 Unterbringung der Jugendkunstschule in der Anklamer Straße 15/16 und Abschluss einer Vereinbarung über einen Miet- und Betriebskostenzuschuss
B299-15/11

Die Bürgerschaft beschließt die Unterbringung der Jugendkunstschule in den bislang von den Jugendsozialarbeitern genutzten Räumen der Anklamer Straße 15/16 sowie den Abschluss einer Vereinbarung über einen Miet- und Betriebskostenzuschuss.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Aufgrund eines Hinweises zu Tagesordnungspunkt 6.17 lässt der Präsident über die von Herrn Multhauf beantragte Änderung des Beschlusstextes abstimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.20 Weiteres Verfahren - Unterbringung Stadtarchiv
B300-15/11

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Hochschild mit, dass seine Fraktion die Variante c) (Grundstück An den Wurthen favorisiert). Er möchte, dass aus Kostengründen auch nur die Variante c) weiter untersucht wird. Herr Hochschild begründet, warum die Varianten a) und b) nicht weiter unter-

sucht werden sollen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert Herr Dr. Fassbinder das Verfahren bei solch einem wichtigen Thema, dass die Beschlussvorlage als Tischvorlage in allen Fachausschüssen beraten wurde.
Es fehlten die Informationen, um eine Entscheidung über die einzelnen Varianten treffen zu können. Die Fraktion plädiert dafür, zwei Varianten zu prüfen und er schlägt die Varianten a) und c) vor.

Herr Dr. Bartels bemerkt für die Fraktion Die Linke, dass sich die Bürgerschaft aufgrund der Erfahrungen mit der alten Post nicht auf einen Standort festlegen sollte, sondern die zwei Standorte mit den meisten Stimmen geprüft werden.

Herr Pegel teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Varianten a) und c) favorisiert. Auch wenn die Planungskosten zweimal anfallen, hätte man eine größere Planungssicherheit.
Herr Pegel beantragt entsprechend Geschäftsordnung, darüber abstimmen zu lassen, ob über eine oder zwei Varianten abgestimmt werden soll.

Auf alle Fälle hofft Frau Heinrich, dass die Entscheidung zur Unterbringung des Stadtarchivs nicht vertagt wird. Sie stellt die Frage, wer die Planungen übernehmen soll.

Für den Bauausschuss informiert Herr Liedtke im Rahmen der Diskussion, dass die Variante c) favorisiert wird.

Auf die Frage von Frau Heinrich teilt Herr Hochheim mit, dass grundsätzlich die Vorplanungen vom Rahmenplaner für das Sanierungsgebiet (Herr Lesche) übernommen werden könnten. Man könnte sich auch andere Planungsbüros suchen.
Herr Kaiser ergänzt, dass die Vorbereitungen über Herrn Lesche laufen und Angebote von drei Planern eingeholt werden.

Herr Hochschild beantragt, erst einmal darüber abzustimmen, ob eine oder ob zwei Varianten weiterverfolgt werden.

Im Rahmen der Diskussion unterstützt Herr Multhauf den Vorschlag, nur einen Standort zu untersuchen. Er spricht sich für den Standort der ehemligen Feuerwehr aus. Er stellt Fragen zu Kosten und Zeitumfang für die Planungen.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Burmeister den Abbruch der Diskussion und Abstimmung über den Antrag von Herrn Hochschild.

Herr Kaiser sagt die Beantwortung der Fragen von Herrn Multhauf zu Protokoll zu.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, ob eine oder zwei Varianten zur Unterbringung des Stadtarchivs weiterverfolgt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: eine Variante
15 Stimmen dafür

Abstimmungsergebnis: zwei Varianten
18 Stimmen dafür

Der Präsident stellt fest, dass sich aus der Diskussion ergibt, dass die Varianten a) und c) der ausgereichten Beschlussvorlage weiterverfolgt werden sollen. Deshalb lässt er über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Das künftige Stadtarchiv soll am Standort
   a) der ehemaligen Freiwilligen Feuerwehr in der Baderstraße - oder
   b) auf dem Grundstück Flur 45, Flurstück 25/23 der Gemarkung Greifswald, An den Wurthen errichtet werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vorplanung für den Standort a) und/oder b) in Auftrag zu geben.

3. Nach der Vorplanung ist das Projekt der Bürgerschaft zur abschließenden Entscheidung mit einer Darstellung der geplanten Finanzierung und einem möglichen Bauzeitenplan vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.21 Finanzierung Frauenhaus Greifswald 2011
B301-15/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, den im Haushalt 2011 geplanten Zuschuss - Frauenhaus Greifswald - in Höhe von 40.000€, trotz des Nichtzustandekommen der „Zuschussvereinbarung zur Betreibung des Frauenhauses in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ mit dem Landkreis Ostvorpommern und dem Landkreis Uecker-Randow, in voller Höhe zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.22 Subventionsbericht
B302-15/11

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird eine geänderte Beschlussvorlage der SPD-Fraktion behandelt.

Nach einigen Anregungen im Rahmen der Diskussion bittet Herr Hoebel um eine Ergänzung in der Sachdarstellung. Am Ende des ersten Satzes sollte „direkt sowie mittelbar über städtische Gesellschaften und Beteiligungen“ angefügt werden.

Obwohl Herr Multhauf widerspricht und die Ergänzung lieber im Beschlusstext aufgenommen gesehen hätte, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister einen Subventionsbericht**,** welcher Ausgaben erfasst, die im Einzelfall 1.000,00 € überschreiten, nach Maßgabe der Gründe der Beschlussvorlage zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.23 Auftrag zur Überplanung der Wallanlagen im Abschnitt Mühlentor bis Pulverturm (Fangenturm)

Frau Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in überarbeiteter Form anhand einer Präsentation ein und begründet sie.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Zuge der Planungen für ein Parkhaus an der Holzgasse eine Überplanung für folgende städtebauliche Bereiche vorzubereiten:

- *Wallanlagen Abschnitt Mühlentor bis Pulverturm (Fangenturm)*
- *Fußgängerquerung des Hanserings zwischen Platz der Freiheit und Museumshafen*

Dabei sollen die im städtebaulichen Rahmenplan Innenstadt/ Fleischervorstadt 2004 geforderten diesbezüglichen Maßnahmen (insbesondere unter den Pkten. 6.2.1.4, 7.5, 9.3.1, 9.4 und 9.5.3) umgesetzt werden.

Im Rahmen der Diskussion schlägt der Bauausschussvorsitzende Herr Liedtke vor, den neuen geänderten Beschlussantrag in den Fachausschuss zu verweisen und erneut zu diskutieren.

Der Präsident stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: bei 16 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.24 Prüfauftrag:
Nachrüstung von Brandschutzmaßnahmen bei der WVG mbH
B303-15/11

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage der CDU-Fraktion ein und begründet sie. Im Rahmen der Erläuterungen bringt er noch einen weiteren Punkt 5. ein:

5) Verhaltensregeln, die im Brandfall gelten, sind zu überprüfen.

Herr Multhauf meint, nach Informationen von Herrn Adomeit zu wissen, dass bereits alles erfolgt, was mit diesem Beschlussantrag gefordert wird.

Daraufhin erklärt Herr Hochschild, dass es deshalb ein Prüfauftrag ist und wenn die Dinge nicht vorhanden sind, umgesetzt werden müssen.

Im Rahmen der Diskussion bittet Herr Ziola um Zustimmung. Er bringt aber noch eine weitere Ergänzung (6)) ein, dass die WVG mbH in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr prüft, welche Verbesserung der Brandschutzmaßtechnik vorgenommen werden können.

Frau Heinrich möchte wissen, warum die CDU-Fraktion dieses Thema in die Bürgerschaft einbringt und nicht auf dem kurzen Weg in den Aufsichtsrat der WVG mbH.

Herr Radicke stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Debatte abzubrechen und abzustimmen.

Herr Liskow lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zunächst stellt der Präsident die Punkte 5) und 6) zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, als Gesellschaftervertreter in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG), zu prüfen, ob das Sicherheitskonzept ausreichend ist oder gegebenenfalls verbessert werden muss. Im Einzelnen ist Folgendes zu bedenken.

1) Die WVG soll prüfen, ob die Installation zusätzlicher Feuermelder in den Aufgängen notwendig ist und welche Kosten damit verbunden wären.
2) Die WVG soll prüfen, ob die Installation zusätzlicher Feuerschutztüren an den Zugängen der Keller auf die Sicherheit in den Gebäuden bzw. für deren Bewohner hat und welche Kosten mit einer solchen Maßnahme verbunden wäre.
3) Die WVG soll prüfen, welche sonstigen Maßnahmen notwendig wären, um die Sicherheit in deren Gebäuden zu verbessern und welche Kosten mit der Umsetzung solcher Maßnahmen eventuell verbunden wären.
4) Die Verwaltung informiert auf der Bürgerschaftssitzung am 16.05.2011 über die Ergebnisse der Untersuchungen und legt der Bürgerschaft einen Handlungsplan vor.
5) Verhaltensregeln, die im Brandfall gelten, sind zu überprüfen.
6) Die WVG mbH soll in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr die Brandschutzmaßnahmen prüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.26 Wiecker Brücke
B304-15/11

Herr Dr. Kerath bringt die Tischvorlage der SPD-Fraktion ein und begründet die Dringlichkeit der Beschlussfassung in der heutigen Sitzung.

Auf die Frage von Frau Socher, warum die Brückenwärter nicht dafür gesorgt haben, dass die Brücke nur von Berechtigten befahren wird, erläutert Herr Hochheim, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs Angelegenheit der Polizei ist. Die Polizei hat das Befahren der Brücke gelegentlich durch Polizisten in Zivil kontrolliert.

Herr Kruse begrüßt ausdrücklich die Beschlussvorlage. Nebenbei bemerkt er, dass der entsprechende Artikel in der OZ über die defekten Poller kontraproduktiv war.

Herrn Radicke ist voll dafür, dass die Brücke nur durch Berechtigte benutzt werden darf. Aber die Höhe von 60.000 EURO hält er für übertrieben und bittet um entsprechende Erläuterungen.

Daraufhin erläutert Herr Hochheim, dass es sich in Wieck um eine technisch und moralisch verschlissene Polleranlage aus dem Jahr 1991 handelt. Die Verwaltung hat sich Angebote unterbreiten lassen. Die beiden eingegangenen Angebote (ca. 40.000 EURO) werden derzeit geprüft. Die Summe ergibt sich aus dem Austausch der verschlissenen Anlage und die notwendige Vernetzung mit der Ampelanlage. Dazu kommen noch ca. 20.000 EURO für die Bauleistungen, die nicht in Eigenleistung durch den Bauhof erbracht werden können.

Die Frage von Herrn Dr. Bartels nach der Prüfung billigerer Lösungen beantwortet Herr Hochheim dahingehend, dass man sich nicht vorstellen konnte, an der Klappbrücke eine Schranke anzubringen. Optische Gründe hat die Verwaltung davon abgehalten.

Frau Heinrich irritiert, dass bereits am Ende des I. Quartals bekannt ist, dass im Haushalt Geld übrig ist.

Daraufhin erläutert Herr Hochheim, dass das Geld zur Finanzierung der Polleranlage aus der Haushaltsstelle des B-Planes Nr. 88 genommen werden soll.

Da keine Anträge zur Beschlussvorlage gestellt werden, beantragt Herr Dr. Steffens entsprechend Geschäftsordnung, die Debatte abzubrechen und die Beschlussvorlage zur Abstimmung zu stellen.

Der Präsident lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Damit stellt der Präsident folgenden Beschluss zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, die Polleranlage an der Wiecker Brücke schnellstmöglich zu ersetzen und beschließt hierfür die Freigabe von 60.000,00 € aus dem Haushalt..

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

- Information über Hauptausschussbeschlüsse (Anlage zum Protokoll)
- Information über Termine/wichtige Ereignisse (Anlage zum Protokoll)

- Vorschlag zur Auszeichnung der Müller und Wullf GmbH als junges innovatives und erfolgreiches Unternehmen der IT-Branche (Anlage zu Protokoll)
- Vorschlag zur Auszeichnung mit der Rubenow-Medaille am 14.05.2011 (Herr Wolfgang Gerbitz, Geschäftsführer des Berufsbildungswerkes)
- Schließung der Post in der Wolgaster Str. 85-86 (Anlage zum Protokoll
- Aufruf zur Antragstellung (24.03. bis 16.05.2011) für die Auszeichnung bester Bildungsideen „Deutschland - Land der Ideen“ (Anlage zum Protokoll)
- Information über eine Gedenktafel zur kampflosen Übergabe Greifswalds im April 1945 (Anlage zum Protokoll)
- Information über den Jahresurlaub des Oberbürgermeisters in der Zeit vom 04. bis 20. April 2011

Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Multhauf:
- Anregung zum Abzug von Reinigungskräften aus Schulen und Sporthallen unter der Maßgabe, die Qualität zu sichern
  Herr Multhauf fordert den Oberbürgermeister auf, sich der Sache anzunehmen.
- zum Gespräch im Bauministerium bezüglich Caspar-David-Friedrich-Haus am 18.11.2011
  Herr Multhauf bittet um Information über Ergebnisse des Gesprächs.

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:
Bei diesem Gespräch im Bauministerium waren auch Vertreter des Kultusministeriums zugegen. Es gibt unterschiedliche Ansätze. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Zu TOP: 9 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschriften vom 10.01.2011 und vom 21.02.2011

Es liegen keine Änderungsanträge zu den Niederschriften vor.

Niederschrift vom 10.01.2011

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt

Niederschrift vom 21.02.2011

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung bestätigt

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung 23:20 Uhr

Herstellung der Nichtöffentlichkeit

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:
- Fragen und Beantwortung zum Theater von der Fraktion Die Linke
- Schreiben des Staatlichen Schulamtes
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Termine und wichtige Ereignisse
- Vorschlag zur Auszeichnung der Müller und Wullf GmbH als junges innovatives und erfolgreiches Unternehmen der IT-Branche
- Schließung der Post in der Wolgaster Str. 85-86
- Auszeichnung „Deutschland - Land der Ideen“
- Gedenktafel zur kampflosen Übergabe Greifswalds im April 1945
- Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen im März 2011